

**Oliver Furley/Roy May (eds.): African Interventionist States, Aldershot, Ashgate 2001, 286 S.**

*Oliver Furley* vom Institut für Politik und Geschichte der Coventry Universität hat bereits Sammelbände zu Konflikten sowie zu Peacekeeping in Afrika herausgegeben. Im vorliegenden Band stellt er gemeinsam mit *Roy May* afrikanische Staaten als Akteure in den Mittelpunkt und versammelt Beiträge, die sich mit Interventionen afrikanischer Staaten in ihren Nachbarstaaten bzw. ihrer Region auseinandersetzen. Der Begriff Intervention wird, zurückgehend auf Rosenau (1971), breit definiert als „coercive military involvement in civil and regional conflict (...) which is intended to, or does, affect internal political outcomes“.

Die Autoren beobachten die Erosion der Doktrin der Nicht-Intervention und territorialen Integrität von Staaten in den 1990er Jahren, die im UN-System und ab 1963 in der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) verankert ist. Für Afrika wird dies mit der gegenseitigen Bedingtheit von zunehmend schwachen Staaten im Inneren auf der einen und wachsender Fragilität von Grenzen und damit des Staatensystems nach dem Ende des Kalten Krieges auf der anderen Seite erklärt. Die Motive für Interventionen werden als vielfältig beschrieben, der Versuch einer Typologie wird indes nicht unternommen. Die zunehmende Einmischung afrikanischer Staaten in ihrer Region seit Anfang der 1990er Jahre wird mit dem Rückzug äußerer Mächte nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Scheitern der UN-Blauhelmeinsätze in Somalia und Rwanda erklärt. Die Beherrschung eigener Sicherheitsinteressen

sei dabei ein Hauptmotiv für Interventionen.

Leider versäumen es die Hrsg., an dieser Stelle die aktuelle Diskussion um humanitäre Interventionen aufzugreifen. Sie berühren die aktuellen Prozesse um die Stärkung der Konfliktlösungsmechanismen afrikanischer Regionalorganisationen wie auch der Afrikanischen Union (AU) nur am Rande. Daraus ergibt sich eine Inkonsistenz zwischen dem ersten Teil des Bandes, der den rechtlichen Rahmen für humanitäre und „demokratieerhaltende“ Interventionen in der UN-Charta wie im internationalen Gewohnheitsrecht diskutiert (*Levitt*) sowie die militärischen Kapazitäten afrikanischer Staaten für Peacekeepingmissionen (*Clayton*) betrachtet, und den Fallstudien im zweiten und dritten Teil. Die Konzentration dieser als Rahmen für die Fallstudien angelegten Beiträge auf Peacekeeping/enforcement und humanitäre Interventionen ist verwirrend, da nur zwei der Fallstudien – die umstrittene Intervention der SADC unter Südafrikanischer Führung in Lesotho (*Southall*) sowie die ECOMOG-Intervention in Guinea-Bissau (*Massey*) – auf solche Fälle eingehen.

Obwohl die Herausgeber kaum einen Analyserahmen für die Fallstudien bieten und diese von sehr unterschiedlicher Qualität sind, findet sich doch einiges interessantes Material. Die Beiträge bemühen sich, die Verflechtungen von Interessen und Akteuren in der Außen- und Innenpolitik intervenierender Staaten zu entwirren und zu erklären. Allerdings ist die Einteilung der Fallstudien in einen zweiten Teil zu intervenierenden Staaten und einem dritten Teil zu „Opfern von Interven-

tionen“ zur Strukturierung des Buches nicht sehr hilfreich.

Besonders lesenswert ist die historische Analyse von *Clapham* über die kontinuierliche Verflechtung sozialer Gruppen und Staaten am Horn von Afrika, die sich auf die Interventionen Äthiopiens und Eritreas in der Region konzentriert. McNulty, wie *Clapham* Spezialist für seine Region, erklärt in seinem Beitrag aus historischer Perspektive die führende Rolle Rwandas im Kongo-Krieg. Rwandas Interventionen in der Demokratischen Republik Kongo (DRC) werden als Ausweitung der innenpolitischen Spannungen und Machtkämpfe Rwandas auf die Region interpretiert, eine Erklärung, die McQueen in seinem Artikel über Angola für dessen Interventionen in der Zentralafrikanischen Republik und die DRC ebenso anbietet.

Andere Beiträge beschränken sich dagegen auf die Rekonstruktion der Fakten so vielschichtiger Interventionsgebiete wie der DRC (*Cleaver/Massey*) und Sierra Leone (*Cleaver*) oder der außenpolitischen Aktivitäten des Sudan (*Woodward*). Ebenso hat *Cleavers* Artikel zur Rolle privater Sicherheitsfirmen und Söldner in Interventionen eher Überblickscharakter.

Das Verdienst des Sammelbandes ist es, den Fokus auf die Außenpolitik afrikanischer Staaten zu legen. Er hilft, regionale Verflechtungen und Interessenskonflikte besser zu verstehen. Trotz des wenig strukturierenden Rahmens bietet der Sammelband einige gute Fallstudien. Allerdings wird die Analyse staatlicher Interessenpolitik mit der Diskussion um die Legalität von humanitären Interventionen und Konfliktlösungsmechanismen auf UN-Ebene, in der Afrikanischen Union und

in den afrikanischen Regionalorganisationen vermischt. Letzteres hätte eine nähere Beschäftigung mit den Regionalorganisationen wie SADC und ECOWAS verlangt.

*Jana Hönke*

**Jürgen Kuhlmann/Jean Callaghan (Hrsg.), *Military and Society in 21<sup>st</sup> Century Europe. A Comparative Analysis* (George C. Marshall European Center for Security Studies), Transaction Publishers & LIT Verlag, Piccataway, NJ & Münster 2000, V, 340 S.**

Am George C. Marshall European Center for Security Studies in Garmisch-Partenkirchen trafen sich am Ende des Jahrhunderts der Totalen Kriege eine Reihe ausgewiesener Militärwissenschaftler aus West- und Osteuropa, um über den Stand und die Zukunft des Verhältnisses von Gesellschaft und bewaffneter Macht in komparativer Absicht nachzudenken. Das Ergebnis zweier Tagungen liegt nun gedruckt vor – ohne Zweifel ein nützlicher Sammelband. Er entwirft eine überaus optimistische Perspektive auf das 21. Jh., deren Krux freilich darin besteht, daß sie mittlerweile – und noch bevor dieses Jahrhundert richtig begonnen hat – durch den Gang der Ereignisse fundamental erschüttert wurde.

Wie reagiert das Militär in Europa auf die Herausforderungen, die sich ganz allgemein durch die Entwicklung zur „Risikogesellschaft“, spezieller durch das Ende des Kalten Krieges, durch den Bedeutungsverlust nationaler Verteidigungsaufgaben, durch neue multinationale Friedenssicherungsprogramme, durch die Delegitimierung der allgemeinen Wehrpflicht, die Entwick-